

Globale Umweltprobleme erfordern die Internationalisierung der Umweltpolitik. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der zunehmenden Verflechtung von Ökologie und Ökonomie, der Komplexität der Ursache-Wirkungszusammenhänge, der Langfristigkeit der Wirkungen und der möglichen Irreversibilität der Umweltschädigungen. Eine Vielzahl politischer Akteure beschäftigt sich weltweit mit diesen Problemen und macht auf die widersprüchlichen Interessenlagen, die unterschiedlichen ökonomischen und technischen Hintergründe aufmerksam.

Rio-Deklaration: Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 markierte einen Aufbruch in der internationalen Umweltpolitik. Auf der Konferenz wurden folgende ökologische Problemfelder behandelt: Klimaerwärmung, Artensterben, Schutz der Wälder und Böden. Zu den ersten drei konnten Abkommen bzw. Erklärungen unterzeichnet werden. Außerdem verabschiedete man die allgemeine Rio-Deklaration. Sie ist völkerrechtlich unverbindlich, legt aber in 27 Artikeln die wesentlichen Grundsätze fest, die im Bereich Umwelt und Entwicklung das künftige Verhalten der Staaten bestimmen sollen, sowie die Agenda 21.

Agenda 21: Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 in Rio de Janeiro hat sich die internationale Staatengemeinschaft zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bekannt und sich mit der Agenda 21 ein globales Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert gegeben. Darin werden die unterzeichnenden Staaten aufgefordert, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, die eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung zum Ziel hat.

Klimakonvention: Nach über zehnjährigen internationalen Forschungsbemühungen und Verhandlungen gelang es, in Rio 1992 die Klimakonvention zu verabschieden, die von mehr als 150 Staaten unterzeichnet wurde. Das Abkommen trat 1994 in Kraft. Ziel des Vertrags ist es, die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem für das Klima ungefährlichen Niveau zu stabilisieren und so eine rasche Klima-Erwärmung zu verhindern. Auf der dritten Klimakonferenz in Kyoto 1997 wurde als Ergänzung ein Protokoll ausgearbeitet, das konkrete Ziel- und Zeitvorgaben und erste Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention enthält.

Artenschutz: Viele Tier- und Pflanzenarten sind heute weltweit als Folge von Handelsinteressen in ihrem Bestand gefährdet oder sogar von der Ausrottung bedroht. Um dieser Gefährdung wirksam begegnen zu können, wurde 1973 das „Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen“ – kurz „Washingtoner Artenschutzübereinkommen“ (WA) – geschlossen. In Deutschland ist das WA seit 1976 gültig. Bis heute sind mehr als 150 Staaten dem WA beigetreten. Durch das Übereinkommen werden über 8.000 Tier- und zirka 40.000 Pflanzenarten geschützt. Alle zwei Jahre findet eine Konferenz der Vertragsstaaten zum WA statt. Hier werden die Listen der geschützten Tier- und Pflanzenarten anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse aktualisiert.

- Informiert euch weiter über die Konferenz von Rio. Im Grundsatz 1 der Erklärung von Rio heißt es: „Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung“. Versucht, den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ umfassend zu definieren.
- Verfolgt in den Medien die aktuellen Entwicklungen in der Umweltpolitik.
- Sammelt Karikaturen zu diesem Thema. Stellt eine Internet-Recherche zu den globalen Umweltproblemen und den weltweiten politischen Maßnahmen an. Hilfreiche Adressen: www.bundesregierung.de, www.bmu.de und www.bmz.de.
- Im Oktober 2004 fand in Bangkok, Thailand die 13. Konferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen statt. Findet heraus, welche Pflanzen- und Tierarten in dieser Konferenz behandelt wurden. Nutzt dazu diese Internet-Adresse: www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ergebnis_13_artenkonferenz.pdf.